

Die SPD und ihr Ja zum Nordoststring

Was hätte Hermann Scheer wohl dazu gesagt? Die Rolle der Genossen im Streit um die Autobahn übers Schmidener Feld

VON UNSEREM REDAKTIONSMITGLIED
PETER SCHWARZ

Waiblingen.
Im neuen Bundesverkehrswegeplan soll das umstrittene Straßenbauprojekt Nordoststring in die Kategorie „erweiterter Bedarf mit Planungsrecht“ hochgestuft werden – wie es aussieht, mit Unterstützung der Bundes-SPD. Der jahrzehntelange Widerstand der Rems-Murr-Sozialdemokraten droht damit zur Makulatur zu werden.



Es war einmal: Hermann Scheer, SPD, kämpfte einst gegen den Nordoststring. Archivbild: Habermann

„Finger weg vom Schmidener Feld“: So plakatierte der 2010 verstorbene Waiblinger SPD-Held Hermann Scheer einst – der Kampf gegen eine autobahnartige Trasse über das ökologisch wertvolle Gelände war ihm zeit seines Lebens ein Herzensanliegen. Gegen den Nordoststring wettete der Waiblinger SPD-Grande Klaus Riedel, gegen den Ring trat unermüdlich die SPD-Landtagsabgeordnete Katrin Altpeter ein. Der Widerstand gegen eine solche vierspurige Straße gehörte zum identitätsstiftenden Themen-Grundbestand der Rems-Murr-Sozis. Ihr Argument: Das Projekt würde Stuttgart und der Region keine Entlastung bringen, sondern noch mehr überregionalen Durchgangsverkehr in den hochbelasteten Ballungsraum locken.

Die lokale SPD sagt Nein? Das scheint mittlerweile nicht mehr viel zu zählen. Unlängst hat der Bundesverkehrsausschuss sich dafür ausgesprochen, den Nordoststring im neuen Bundesverkehrswegeplan nicht nur wie bisher in der Kategorie „erweiterter Bedarf“ zu belassen – Scheer hatte einst gefordert, ihn ganz rauszunehmen –, sondern auch noch mit einem markanten Zusatz zu versehen: „mit Planungsrecht“. Derzeit steht da: „ohne Planungsrecht“.

Es ist kein Geheimnis, dass die CDU da-

bei die treibende Kraft war. Der Waiblinger Bundestagsabgeordnete Joachim Pfeiffer wirbt seit Jahr und Tag für den Ring, genau wie sein Gmünder Kollege Norbert Barthle, Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium. So weit alles im überrauschungsarmen Bereich – pikant ist die Rolle der SPD: Als neulich im Verkehrsausschuss die Grünen den Antrag stellten, den Nordoststring von der Liste zu streichen, schloss sich zwar Die Linke dem Begehren an, und wenn jetzt auch die sozialdemokratischen Vertreter mitgezogen hätten, wäre die Mehrheit komplett gewesen. Aber die Sozis verweigerten den Schulterchluss gegen die Trasse.

Warum? Nun gut, es gibt die Koalitions-Disziplin; es kann nicht angehen, dass die beiden Regierungsfractionen dauernd in zwei verschiedene Richtungen zerran. Nur: Da doch traditionell beim Thema Ring die

Anliegen auseinanderklaffen, hätte es eigentlich nahegelegen, sich im Sinne des Koalitionsfriedens auf einen Kompromiss zu verständigen: Der Ring bleibt im „erweiterten Bedarf“, aus Rücksicht auf die CDU; aber Planungsrecht kriegt er nicht, zur Beruhigung der SPD.

So sieht es auch die ringkritische Initiative Arge Nordost – ihr Sprecher Joseph Michl schreibt in einer Pressemitteilung: Die Arge sei „enttäuscht“ über den Kurs der SPD. Immerhin stehe doch im Koalitionsvertrag: „Anträge, Gesetzesinitiativen und Anfragen auf Fraktionsebene werden gemeinsam oder im Ausnahmefall im gegenseitigen Einvernehmen eingebracht.“ Michl folgert: „Sofern keine Einigkeit zwischen den Koalitionären besteht, müsste nach dem Koalitionsvertrag der geltende Status quo beibehalten werden“ – erweiter-

ter Bedarf ja, Planungsrecht nein. Dies wäre der Mittelweg „zwischen dem Wollen der Union, den Nordoststring aufzuwerten, und dem Willen der SPD, den Nordoststring ganz aus den Plänen herauszunehmen“.

Den CDU-Leuten Pfeiffer und Barthle kann man bei all dem keinen Vorwurf machen: Wo sie in der Frage stehen, haben sie immer klar betont, ihre Stimmen haben in der Bundestagsfraktion Gewicht, sie haben ihren Einfluss in die Waagschale geworfen – warum auch nicht? Ringbefürworter werden’s ihnen danken.

Die SPD-Bundestagsfraktion hingegen hat seit dem Tod des wortmächtigen Hermann Scheer, Träger des Alternativen Nobelpreises, gar keinen Abgeordneten mehr aus dem Wahlkreis Waiblingen; Christian Lange, Vertreter des Kreises Backnang/Gmünd, konnte oder wollte Pfeiffer und Barthle offenbar nichts entgegensetzen; und sonst gab es in der Berliner Sozi-Riege anscheinend niemand, der die Sensibilitäten der Rems-Murr-Parteifreunde ernst oder überhaupt richtig wahrnahm.

Die SPD hatte bisher „auf allen politischen Ebenen – vom Gemeinderat bis zum Bundestag – den Nordoststring stets gut begründet abgelehnt“, hadert Joseph Michl von der Arge, „das Abstimmungsverhalten der SPD im Verkehrsausschuss steht nun aber im Widerspruch zu allen ihren bisher öffentlich gemachten Aussagen. Als Politiker darf man das Wegdriften großer Bevölkerungskreise in den Kreis der Nichtwähler oder hin zu Parteien am rechten Rand nicht nur bedauern, sondern muss auch eine Politik machen, die das verhindert. Wer öffentlich stets das Ende des Nordoststrings fordert, in der Abstimmung dann aber für eine Höherstufung stimmt, setzt seine Glaubwürdigkeit aufs Spiel. Damit würde die Politikverdrossenheit gefördert und unserer Demokratie geschadet.“

Immerhin, ihm bleibt ein Trost: Mit der Abstimmung im Bundesverkehrsausschuss ist noch nichts entschieden – nähere Informationen dazu im ergänzenden Artikel unter der Überschrift „Und nun?“

Und nun?

■ Die geplante Aufwertung des Ringprojekts – „erweiterter Bedarf mit Planungsrecht“ – ist ernst zu nehmen. **Norbert Barthle**, CDU, erklärte unlängst im Verkehrsausschuss, warum: Es könne sein, dass „nicht alle Maßnahmen“, die im neuen Bundesverkehrswegeplan in der Kategorie „Vordringlicher Bedarf“ stehen, „auch tatsächlich realisiert werden“. Damit aber würde Geld frei – was dazu führen könnte, „dass eine Maßnahme aus dem ‚weiteren Bedarf mit Planungsrecht‘ sozusagen aufrückt und in den nächsten 15 Jahren realisiert wird“.

■ Mit der Abstimmung im Bundesverkehrsausschuss ist aber noch nichts entschieden: Erst am morgigen Freitag, 2. Dezember, entscheidet der Bundestag endgültig. **Joseph Michl** von der Arge Nordost: Hier könne die SPD immer noch „den Antrag auf Herausnahme des Nordoststrings oder zumindest auf Beibehaltung der bisherigen Einstufung stellen.“ Dass die Sozialdemokraten kurz vor knapp doch noch von ihrer Vorfestlegung abrücken, ist allerdings unwahrscheinlich.

■ Selbst wenn der Ring mit Planungsrecht versehen würde, bliebe alles offen: „Planungsrecht“ heißt noch lange nicht „Planungsaktivitäten“. Es läge dann an der grün-schwarzen Landesregierung, ob sie das Recht nutzt und den Ring Richtung Baureife vorantreibt; oder auch nicht. Die Grünen zeigen da zumindest bisher klare Kante – Landesverkehrsminister **Winfried Hermann** sagte im August unserer Zeitung: Der Nordoststring sei eine „Fata Morgana“. Und zum Thema Planungsrecht, lapidar: „Wir können. Müssen aber nicht.“ Die SPD hat dabei nicht mitzubestimmen. Ring-Gegner werden denken: Und das ist auch gut so.